

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

MEMORANDUM 2012

Europa am Scheideweg –
Solidarische Integration oder deutsches Spardiktat

PapyRossa Verlag

Inhalt

Vorwort	9
I. Kurzfassung des MEMORANDUM	11
II. Langfassung des MEMORANDUM	55
1 <i>Zwischen Stagnation und Rezession</i>	57
1.1 Internationale Ungleichgewichte als Krisenursache	60
1.2 Das Dilemma der Prognosen der herrschenden Ökonomie	64
1.3 Ohne Kurswechsel kaum Aussicht auf anhaltendes Wachstum	67
2 <i>Prekärer Aufschwung am Arbeitsmarkt</i>	75
2.1 Arbeitsmarkt profitiert von günstiger Konjunkturentwicklung 2011	75
2.2 Fragile Konjunktur trübt Aussichten	78
2.3 Prekarisierung bleibt zentrales Arbeitsmarktproblem	79
2.4 Dauerbrenner Fachkräftedebatte	82
2.5 Abbau der Massenarbeitslosigkeit braucht öffentliche Investitionen, Regulierung und Arbeitszeitverkürzung	85
3 <i>Zunehmende Verteilungsprobleme</i>	91
3.1 Schwache Lohnentwicklung	91
3.2 Staatliche Umverteilung zulasten der abhängig Beschäftigten	95
3.3 Ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung	97
3.4 Auswirkungen dieser Politik auf den deutschen Außenhandel	101

4	<i>Steuergerechtigkeit statt Sparzwang</i>	105
4.1	Die Austeritätspolitik belastet die Gesamtwirtschaft und verschärft die Eurokrise	105
4.2	Eine Kritik der „Schuldenbremse“ als ökonomisches Entwicklungshindernis für Deutschland und die Europäische Union ist unvermeidlich	108
4.3	Steuersenkungen sind gesamtwirtschaftlich und finanzpolitisch falsch: Die Propaganda mit dem Abbau der heimlichen Progression in der Einkommensteuer	113
4.4	Leistungsgerechte Reform des Einkommensteuertarifs	117
4.5	Weitere Schwerpunkte einer nachhaltigen Finanzierung der öffentlichen Haushalte durch Steuerpolitik	118
4.6	Einmalige Vermögensabgabe jetzt – Vermögensteuer auf Dauer	124
5	<i>Epizentrum Finanzsektor</i>	131
5.1	Banken werden immer größer	132
5.2	Eigenkapitaldecke weiterhin dünn	133
5.3	Eigenkapitalrenditen	138
5.4	Landesbanken – ungelöste Problemfälle	140
5.5	Der neue Bankenrettungsfonds – eine Farce	142
5.6	Schattenbanken – immer noch keine durchgreifende Regulierung in Sicht	146
5.7	Ratingagenturen geben den Kurs vor	146
5.8	Nichts gelernt – Frauenanteil in Spitzengremien stagniert	147
5.9	Die Lehren aus der Krise: Bremser und Grunderneuerer	148
5.10	Ein neues Leitbild	148
5.11	Besser steuern und regulieren	150
5.12	Finanz-TÜV	152
5.13	Gefährliche Praktiken und Instrumente verbieten	153
5.14	Den Staat als Aufseher und Eigentümer neu denken	154

5.15	Der Staat als Banker braucht gesellschaftliche Kontrolle	156
5.16	Die Abhängigkeit von den Finanzmärkten durchbrechen	158
6	<i>Ungelöstes Eurochaos</i>	161
6.1	Chronologie einer Krise	161
6.2	Irrwege der Eurokrisenpolitik – Euroland spart sich zu Tode	164
6.3	Umschuldung	166
6.4	Austritt aus der Währungsunion	168
6.5	Europa braucht eine solidarische Integration	169
6.6	Langfristige realwirtschaftliche Stärkung der Krisenländer	176
7	<i>Pflege in der Krise</i>	183
7.1	Nicht nur ein Problem unzureichender Arbeitsmarktregulierung	183
7.2	In jeder Hinsicht rückständig: ein Überblick zu Fakten und Zusammenhängen im internationalen Vergleich	186
7.3	Gegen weitere Privatisierung und für einen grundlegenden Paradigmenwechsel hin zu einem bedarfs- und qualitätsorientierten System integrierter Leistungen	200
8	<i>Ungenügende Bildungsfinanzierung</i>	207
8.1	Typische Kennzeichen der deutschen Bildungsfinanzierung im internationalen Vergleich	207
8.2	Politökonomische Ursachen der Grundstruktur der deutschen Bildungsfinanzierung	211
8.3	Was fehlt? Bedarfsorientierte Berechnung des finanziellen Mangels im deutschen Bildungssystem	221
8.4	Ausblick	225

9	<i>Neoliberale versus Alternative Wirtschaftspolitik</i>	229
9.1	Unterschiedliche wirtschaftspolitische Konzeptionen im Westen nach dem Zweiten Weltkrieg	229
9.2	Die neoliberale Wende in der Bundesrepublik	234
9.3	Realitätsfremde neoklassische Arbeitsmarkttheorie	242
9.4	Zur Position der <i>Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik</i>	245
9.5	Das exportgetriebene neoklassische Wachstumsmodell Deutschlands ist eine Hauptursache der Eurokrise	247
9.6	Alternative Forderungen zur Einschränkung und Überwindung der Dominanz neoliberaler Politik	253
9.7	Zukunft der Arbeit – Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit	254
9.8	Stärkung der Humandienstleistungen – eine bestimmende Tendenz für das neue Paradigma einer sozial-ökologisch nachhaltigen Entwicklung im 21. Jahrhundert	256
9.9	Soziale Sicherheit und bedarfsorientierte soziale Grundsicherung	257
9.10	Sichere und armutsfeste Renten	258
9.11	Gesundheit	259
9.12	Sozial-ökologischer Umbau	260
9.13	Zukunftsfähige Haushaltspolitik und sozial gerechtere Steuerpolitik	261
9.14	Gesellschaftliche Regulierung und demokratische Kontrolle	262
	Tabellenanhang	265